

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 35. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 16. September 2015
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Franz Vogt
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Philippe Hofmann, Simon Maurer, Jacqueline Misslin,
 Semra Wagner- Sakar, Jean-Jacques Winter

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 33 Anwesende = 22
 18.10 Uhr, 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat Kindergarten und Primarschule**, anstelle der zurückgetretenen Jannic Schnoz, GLP/BDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2016) Geschäft 4247
 2. Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 15.03.2015, betreffend **Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates**, 2. Lesung
 Geschäftsvertretung: Präsidentin Rahel Balsiger Sonjic Geschäft 4067B
 3. Bericht des Gemeinderates vom 12.08.2015, zum Postulat von Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion, vom 19.01.2015, betreffend **Aktuelle Sicherheitsdispositive im Falle eines Flugzeugsabsturzes**
 Geschäftsvertretung : GR Thomas Pfaff Geschäft 4226 / A
-

4. Bericht des Gemeinderates vom 26.08.2015, zum Postulat von Jürg Vogt, FDP-Fraktion, vom 10.03.2015, betreffend
Ob das Teilstück des Herrenweg, von der Oberwilerstrasse bis zum öffentlichen Parkplatz Spitzwald, mit einem durchgehenden Trottoir ergänzt werden muss
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4232 / A
5. Postulat von Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, vom 03.02.2015, betreffend
Information des Einwohnerrats
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4227

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 35 vom 16. September 2015

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Pascale Uccella-Klauser

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich freue mich, dass Sie zahlreich erschienen sind. Ich begrüsse Sie sehr herzlich zur ersten Sitzung nach der Sommerpause. Ich hoffe, Sie hatten einen schönen und heissen Sommer und ab und zu eine kalte Kühlung. Ich freue mich auf dieses Jahr, in dem ich euch durch diese Sitzungen leiten darf. Ich wünsche mir, dass wir eine gute und respektvolle Zeit zusammen haben. Es ist wichtig, dass wir uns immer wieder bewusst werden, dass wir vom Volk gewählt wurden. Den kleinen Mohrenkopf, Entschuldigung das heisst Schokoladenkuss, habe ich euch mitgebracht für eine süsse Ablenkung, weil ich manchmal vielleicht einen oder zwei kleine Fehler mache. Ich freue mich mit meinen Bürokollegen und mit der Verwaltung auf eine tolle Zusammenarbeit und eröffne die Sitzung. Ich begrüsse herzlich Andrea Schäfer, sie hat heute den ersten Tag hier drin. Markus Gruber war leider an der ersten Bürositzung nicht dabei, darum ist Herr Ruckstuhl als zweiter Vizepräsident in dieser Sitzung. Ich wünsche Jean-Jacques Winter gute Besserung.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Etienne Winter, SP-Fraktion: Er ist mittlerweile seit heute Nachmittag wieder zuhause, recht munter. Er hat mir einen Brief gegeben, den ich hier vorlesen soll: „Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Geschenkte Freitage, aber warum nicht, aber warum so? Mich hats erwischt im Koordinationszentrum, beim Gleichgewicht und auf der linken Seite. Noch bin ich etwas unsicher und bambele ein wenig. Aber ihr wisst, ich bin Rechtshänger und werde da nicht nachgeben. Sehr gerne bedanke ich mich für die zahlreichen mich aufstellenden und motivierenden Telefonate und Schreiben, und die spontanen Besuche, merci Frau Präsidentin. Robi Vogt, du hast mich bei meinem Sturz aufgefangen und ruhig hingelegt und somit noch schlimmeres vermieden. Robi, du bist der erste Politiker, der mich wortwörtlich flach gelegt hat. Dir ein ganz dickes Merci. Euch allen und dem neuen Büro wünsche ich heute einen politisch kreativen würzigen Einwohnerratsabend. Habt eine gute Zeit, wir sehen uns bald, Jean-Jacques Winter.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich habe noch zwei Mitteilungen. Die erste Mitteilung ist ein Austritt von Ruedy Breitenstein. Neu im Einwohnerrat ist Frau Elena Elser, Grüne Allschwil. Ich wünsche Frau Elser alles Gute und spannende Momente, viel Vergnügen im neuen Amt. Wir haben eine dringliche Motion der SVP-Fraktion, sie ist aufgelegt, hier ist das Original mit den Unterschriften.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion kommt mit einer dringlichen Motion. Wie Sie ihr entnehmen können, geht es darum, dass wir den Gemeinderat von 7 auf 5 Gemeinderäte anpassen möchten. Sie interessiert sicher, weshalb wir jetzt mit dieser Motion kommen. Wir sind schon länger der Meinung, dass der Gemeinderat von 7 auf 5 reduziert werden sollte. Aus unserer Sicht fungiert wirtschaftlich gesehen ein Gemeinderat wie ein Verwaltungsrat. In der Wirtschaft werden Verwaltungsräte reduziert, es wird schlanker und effizienter gemacht, dies ist in der politischen Landschaft noch nicht so. Es gibt Pioniergemeinden, welche vor 20 Jahren im Welschen damit angefangen haben. Vor den Sommerferien kam der Gemeinderat selber mit seinem Antrag, den er im neuen Einwohnerratsreglement gestellt hat, nämlich dass man die Kommissionen auf die fünf ständigen Kommissionen beschränken und zusammenlegen soll. Wir haben dem zugestimmt, weil dies vernünftig ist. So wie die fünf Kommissionen daher kommen, finden wir es nun sinnvoll, wenn der Gemeinderat auch nach diesen fünf Kommissionen aufgeteilt wäre. Wieso die Dringlichkeit jetzt? Abgesehen davon, dass wir jetzt das neue Einwohnerratsreglement behandelt haben, schaut man parallel dazu in der Gemeindeverwaltung die WOV an mit Professor Krummenacher von der Hochschule Luzern. Es ist absolut der richtige Moment nun für diesen Vorstoss, damit sie eine solche Änderung in ihre zukünftige Planung einbeziehen können. Ebenfalls reicht es noch vor den Wahlen, das haben wir extra abgeklärt. Wenn wir die Motion jetzt überweisen, dann kommt es im November zur Abstimmung, im Februar könnte man bei den Gemeinderatswahlen darauf reagieren. Wie die meisten wissen, müssen keine Kandidaten-Vorschläge zu einer Frist eingegeben werden, wie das beim Einwohnerrat der Fall ist. Ebenfalls wäre es mit Aufwand und Arschbacken zusammenklemmen möglich, dies auf die neue Legislatur, also Sommer 16, einzuführen. Wir sehen auch eine Möglichkeit, die wir dem Einwohnerrat geben möchten, über diese Motion zu sprechen. Wir sind so überzeugt von unserem Anliegen, dass wir mit einer Initiative kommen werden im Fall einer Nichtüberweisung dieser Motion. Aus diesem Grund bieten wir dem Einwohnerrat Hand, dass er darüber politisch diskutieren kann, was er bei einer direkten Initiative nicht könnte. Aus diesem Grund bitte ich Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen, damit wir hier über die Motion diskutieren können, damit die Meinung des Einwohnerrates in dieser Angelegenheit Gehör findet.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich spreche kurz zur Dringlichkeit, denn um das geht es jetzt. Wir haben die Ausführungen von Herrn Spiegel gehört. Ich habe grosses Verständnis, denn was ist schon nicht dringlich. Jede politische Frage ist dringlich. Aber hier bin ich ganz klar anderer Meinung. Nicht dass man dies nicht diskutieren soll, wie viele Gemeinderäte wir in Zukunft brauchen, aber genau das soll die Verwaltungsreform aufzeigen. Das können wir dort diskutieren mit verschiedenen Varianten. Wenn wir jetzt einen Volksentscheid im November erzwingen, ist die Verwaltungsreform schon fast gemacht. Die müssen sich dann daran halten. Ich bin ganz klar der Meinung, dass man das diskutieren kann, wir haben es bei der Leistungsüberprüfung diskutiert, aber wir können es wieder diskutieren. Die Dringlichkeit kommt von unserer Seite her völlig im falschen Moment.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion sind auch der Meinung, dass es ein Anliegen ist, das man diskutieren kann. Es wurde bereits diskutiert und wir sind ebenso der Meinung, dass dies nicht in einer Hauruckübung passieren darf, sondern dass es aufgrund von weitgehenden Diskussionen entschieden werden muss. Man kann nicht einfach von 7 auf 5 Gemeinderäte reduzieren, indem man die Hinterbacken zusammenkneift und dies schnell durchstiert. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben und wir lehnen diese ab.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Auch die SP-Fraktion wird hier etwas überrumpelt. Wenn man es dringlich machen möchte, dann hätte man es auch ein paar Tage vorher kommunizieren können. Ich schliesse mich grundsätzlich den beiden Vorredner an, obwohl ich sehr liebäugle mit einem Fünfer-Gremium, das ist meine persönliche Meinung. Der Zeitpunkt ist jetzt aber der falsche. Wir haben eine Verwaltungsreform, da geht es nicht um ein einziges Mosaiksteinchen, sondern man muss es jetzt gesamtheitlich anschauen. Die SP ist auch gegen die Dringlichkeit. Das mit der Volksinitiative ist schon fast eine Drohung.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP sehen hier auch keine Dringlichkeit. Es handelt sich hier um ein Geschäft von grosser Tragweite, das wir besser vorbereiten sollten. Zum anderen laufen wir Gefahr, dass wir die Verwaltungsreform überladen, weil wir auch das noch reinpacken möchten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte mich den Ausführungen über die zeitliche Dringlichkeit anschliessen, aber es nochmals zusammenfassen, damit Sie das alle sehen. Der Gemeinderat beurteilt den Zeithorizont als äusserst problematisch, wenn nicht sogar als undurchführbar. Die Änderung der Zahl der Gemeinderäte benötigt eine Änderung der Gemeindeordnung. Eine Änderung in der Gemeindeordnung heisst klar eine obligatorische Volksabstimmung. Man muss beachten, dass gemäss dem Gemeindegesetz Paragraph 45 Absatz 2 Änderungen der Gemeindeordnung, die eine Änderung in der Behördenorganisation betreffen, nur auf eine neue Amtsperiode eingeführt werden können. Es muss spätestens sechs Monate vor dem Beginn der neuen Amtsperiode beschlossen werden. Sie sehen, wenn man zurückrechnet, dass die Volksabstimmung spätestens im Dezember 2015 erfolgen muss, wenn nicht sogar im November. Jetzt ergibt sich daraus ein zeitliches Problem. Damit die Volksabstimmung im Dezember 2015 durchgeführt werden kann, muss das Geschäft im Oktober im Einwohnerrat beschlossen werden, ansonsten reicht es zeitlich nicht mehr, um die Abstimmungsunterlagen rechtzeitig zu versenden. Die Novembersitzung wäre zu spät. Damit im Oktober dieses Jahres dieses Geschäft im Einwohnerrat behandelt werden kann, muss der Gemeinderat seinen Bericht verabschieden und bis spätestens zur Bürositzung Ende September verschicken. Eine seriöse Abklärung bis Ende September 2015, heute ist der 16. September, reicht nicht. Darum ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Dringlichkeit nicht bejaht werden darf. Das ganze Geschäft mit der Verwaltungsreform zu verknüpfen, wäre nicht wirklich richtig. Der Gemeinderat ist auch der Meinung dass im Projekt Verwaltungsreform diese Frage geklärt werden soll, ob diese Reduktion sinnvoll ist und ob es noch weitergehende organisatorische Änderungen braucht. Das sollten wir der Verwaltungsreform überlassen und diesen Entscheid nicht jetzt fällen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen nun über die Dringlichkeit ab, es braucht eine Zweidrittelsmehrheit.

://:

Die Dringlichkeit wird mit 7 Ja und 22 Nein bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Da die Dringlichkeit nicht gegeben ist, ziehen wir unsere Motion als Ganzes zurück.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir haben noch einen Vorstoss von Niklaus Morat, SP-Fraktion. Interpellation, Was kostet uns die Unternehmenssteuerreform 3. Ich frage den Rat an, ob die Traktandenliste rechtzeitig versendet wurde. Das ist der Fall. Gibt es Änderungsanträge für die Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, wir machen somit weiter.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat Kindergarten und Primarschule, anstelle der zurückgetretenen Jannic Schnoz, GLP/BDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2016), Geschäft 4247

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir schlagen Ihnen Sabine Bachmann vor. Sie ist bereits Mitglied der Personal- und Besoldungskommission und hat langjährige Erfahrung in der Erwachsenenbildung. Wir denken, sie wäre die geeignete Person für die kommenden neun Monate.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall. Ich wünsche Sabine Bachmann viel Vergnügen im neuen Amt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 15.03.2015, betreffend Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates, 2. Lesung Geschäftsvertretung: Präsidentin Rahel Balsiger Sonjic, Geschäft 4067B

Rahel Balsiger Sonjic, Kommissionspräsidentin: Wir haben das Reglement überarbeitet. Ich möchte an dieser Stelle einen Dank an Jean-Jacques aussprechen, der aufgrund seiner Kompetenzen in zwölf Stunden Aufwand alles sprachlich überarbeitet hat, inhaltlich bleibt es gleich. Wir haben mit Unterstützung dieses Büchleins, welches die Bundeskanzlei herausgegeben hat, die Texte so umformuliert, dass sie neutral und geschlechtergerecht sind, sodass sich immer möglichst beide Gruppen angesprochen fühlen. Den Bericht lese ich nicht vor, den haben Sie erhalten. Ich möchte auf einen Punkt eingehen. Ich habe im Bericht darum gebeten, dass jede Fraktion selber überprüft, ob das, was sie eingereicht haben und angenommen wurden, so vertreten ist, wie sie das gedacht haben. Nachher gibt es noch etwas spezielles, was ich hier schon erwähne, weil es im Bericht steht und nicht im Reglement. Es liegt ein Antrag aus der FDP-Fraktion vor, dass man das Glossar bzw. das Stichwortverzeichnis streicht. Aufgrund der heutigen Kommunikationsmittel ist es nicht mehr nötig, weil jeder eine Suchfunktion hat, wo man etwas suchen kann, und es hat ein Inhaltsverzeichnis im Reglement.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Liegen weitere Anträge oder Diskussionspunkte vor? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident-Stv.:

§ 1 Amtsjahr

§ 2 Konstituierung

§ 3 Sitzordnung

§ 4 Terminplanung und Kerngeschäfte

§ 5 Teilnahme an Sitzungen

§ 6 Ausscheiden

§ 7 Mitwirkungsrechte

§ 8 Auskunftsrecht

§ 9 Aktenauflage

§ 10 Weiterbildung

§ 11 Entschädigung

§ 12 Offenlegung von Interessenbindungen und Ausstandsregelung

§ 13 Organe des Rates

§ 14 Die Ratspräsidentin, der Ratspräsident

§ 15 Vizepräsidentinnen / Vizepräsidenten

§ 16 Büro

§ 17 Aufgaben

§ 18 Berichterstattung

§ 19 Zurückstellung, Rückweisung, Nichteintreten

§ 20 Ständige Kommissionen

§ 21 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, FIREKO

§ 22 Geschäftsprüfungskommission, GPK

§ 23 Kommission für Bauwesen und Umwelt, KBU

§ 24 Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, KBKGS

§ 25 Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, KSFVZ

§ 26 Nichtständige Spezialkommissionen

§ 27 Teilnahme Gemeinderat

§ 28 Beizug externer Personen an Kommissions- und Bürositzungen

§ 29 Regeln für die Durchführung von Kommissionsitzungen

§ 30 Verfahren

§ 31 Zuweisung Geschäft an mehrere Kommissionen

§ 32 Ersatzmitglieder

§ 33 Protokolle der Kommissionen

§ 34 Beschlussfassung

§ 35 Informationsrechte

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Hier gibt es einen Antrag. Paragraph 35 Absatz 2: Die Mitarbeiter können bei einer Befragung durch die Kommission wahlweise eine vorgesetzte Person, die Personalleiterin oder den Personalleiter, den Rechtsdienst der Gemeinde, ein Gemeinderatsmitglied oder ein Mitglied des Mitarbeiterrates beziehen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Sie haben die Ausführungen gelesen. Man hat bei der ersten Lesung diesen Absatz, wie er damals formuliert war, gestrichen. Der Gemeindeverwalter hat dies dem Mitarbeiterrat, dem Präsidenten, vorgelegt und informiert. Dort kam klar die Botschaft, dass zum Schutz der Mitarbeitenden die Möglichkeit da sein soll, dass sie bei Befragungen jemanden wahlweise mitnehmen können. Darum liegt der Vorschlag nun so vor, dass sie die Möglichkeit haben und wählen dürfen, wen sie mitnehmen möchten. Ich möchte beliebt machen im Namen des Gemeinderates, dass Sie diesen Paragraph 35 Absatz 2, so wie er jetzt vorliegt im Änderungsantrag, in das neue Geschäftsreglement aufnehmen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe vier Fragen an Frau Nüssli. Wie ist das mit der gesetzlichen Grundlage für den zusätzlichen Absatz? Wie ist das bei der Handhabung bei einer Befragung auf Stufe des Kantons und auf Stufe Bund? Was sind die Rechte der Person, die mitkommt? Darf die sprechen oder nicht, darf die Fragen stellen oder nicht? Und wir sind der Meinung, dass viele Personen zur Auswahl stehen, die mitgehen könnten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die gesetzliche Grundlage möchte man mit diesem Reglement schaffen, damit wäre diese Frage bereits beantwortet. Zu so einem Hearing kann man sich stets von einer Vertrauensperson begleiten lassen. Der Betroffene kann sich auch anwaltschaftlich vertreten lassen, das kann man nicht verbieten. Wir sind darum der Meinung, dass man dem Antrag des Gemeinderates zustimmen kann.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Wir von der SP möchten dem Antrag auch zustimmen. Es beruhigt uns, dass es eine Kann-Formulierung ist. Wenn jemand niemanden mitnehmen möchte, dann ist das ebenfalls sein Recht. Der Rest wurde bereits gesagt.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich kann aus der GPK-Sicht sagen, dass wir das eine Selbstverständlichkeit finden, dass sich jemand bei einer Befragung begleiten lassen kann. Ich sehe das Argument des Gemeinderates, dass es nicht irgendjemand sein sollte, sondern jemand aus der Verwaltung. Ich selber habe mich gefragt, ob es eine Auflistung braucht oder ob es reicht, wenn steht „jemand aus der Verwaltung“. Jetzt wurde der Absatz so formuliert und wir von der FDP-Fraktion können dem so zustimmen.

Matthias Häuptli, Kommissionsmitglied: Wir finden diese Bestimmung eher problematisch. Sie kommt zwar als ein Wahlrecht des betreffenden Mitarbeiters oder der betreffenden Mitarbeiterin daher. Das Problem ist, dass das Wahlrecht die Möglichkeit schafft, dass ein gewisser Druck auf die betreffenden Mitarbeiter ausgeübt wird, dies auszuüben und den Vorgesetzten mitzunehmen, wenn er von dieser Befragung erfährt. Darum lehnen wir das ab.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Inhaltlich habe ich gegenüber dieser Änderung keinen Vorbehalt. Ich habe nur eine formelle Frage, die grundsätzlich so lautet: Kann überhaupt der Gemeinderat dem Einwohnerrat Anträge stellen? Kann er nicht nur Empfehlungen abgeben?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Meine persönliche Meinung ist, dass es nicht zwingend jemand der Gemeinde sein muss. Man kann auch sonst einen Beistand mitnehmen an dieses Gespräch. Vielleicht gibt es andere Mittel, eine neutrale Person, die mitkommt. Ich finde die Auflistung nicht gut, man sollte schreiben, dass man jemanden mitnehmen darf und dann kann er selber entscheiden. Es könnte auch jemand von der Gewerkschaft sein. Man sollte dies offenlassen, man weiss nie, was passiert und in welchen Situationen man dies braucht.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es ist ein Misstrauen im Raum. Lesen Sie doch genau: „Ein Mitglied des Mitarbeiterrates“, steht da. Wenn man dem nicht mehr vertraut, dann können wir sowieso zusammenpacken. Wenn wir jetzt hier Erbsen zählen, ob dies ein Vorschlag oder ein Antrag ist, dann können wir auch zusammenpacken.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich würde nun gerne über den Antrag abstimmen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich meine, dass die Fragen von Florian Spiegel alle beantwortet sind. Durch diese Bestimmung schaffen wir die rechtliche Möglichkeit, dass die Mitarbeitenden jemanden beiziehen können. Die Frage, die im Raum steht, ob man unabhängig von diesem Absatz einen Anwalt beiziehen kann, da meine ich auch wie Stephan Wolf, dass dies möglich ist. Es geht hier aber nicht um eine anwaltliche Vertretung, sondern dass jemand aus dem Betrieb unterstützen kann. Das ist die gesetzliche Grundlage auf Basis einer Gemeinde. Auf Stufe Kantone und Bund gilt wahrscheinlich etwas anderes. Aber ich möchte keine definitiv abschliessende Antwort darauf geben. Es ist eine Regelung für die Gemeinde, darum ist es klar, dass es die gesetzliche Grundlage dafür ist. Ob diese Person auch reden darf, da meine ich, dass man sich äussern kann, wenn man mitgeht. Das ist nur eine Möglichkeit, die Person kann auch einfach nur zuhören. Das hängt davon ab, wie der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin dies wünscht. Das waren die Fragen zur Beantwortung. Ich und der Gesamtgemeinderat meinen nach wie vor, dass es sinnvoll wäre, wenn wir den Absatz so aufnehmen. Es stand noch die Frage im Raum, ob wir ein Antragsrecht haben. Ich meine, dass wir das haben. Ich kann das selbstverständlich nachher noch nachschauen, wo das steht.

Rahel Balsiger Sonjic, Kommissionspräsidentin: Ich möchte nur auf die Frage von Herrn Keller antworten. Der Gemeinderat darf, wir haben es ihm nicht verboten im Reglement.

Matthias Häuptli, Kommissionsmitglied: Ich möchte einen Gegenantrag stellen. Was uns besonders stört an dieser Formulierung des Gemeinderates, ist die Aufzählung. Als erstes kommen die Vorgesetzten. Wenn man diese Bestimmung liest als Laie, dann geht es nicht in erster Linie um eine Vertrauensperson, sondern es kommen die Vorgesetzten, Personalleiter, das Kader der Gemeinde wird aufgezählt. Wir stellen den Antrag: Die Mitarbeitenden können bei einer Befragung durch die Kommission eine verwaltungsinterne oder dem Berufsgeheimnis unterstehende Vertrauensperson beiziehen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich finde den Vorschlag von Matthias Häuptli sehr gut, die SVP-Fraktion unterstützt diesen. Rahel Balsiger hat vorhin gesagt, dass wir dem Gemeinderat dies nicht verboten haben. Aber wir stimmen über das neue Reglement ab, also zählt noch das alte, darauf müssten wir uns behaften.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auf der heutigen Traktandenliste haben wir noch zwei Berichte des Gemeinderates, Postulat. Da steht jeweils am Schluss: „Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat“. Bereits hieraus ergibt sich, dass der Gemeinderat nach der heutigen Rechtslage das Recht hat, Anträge zu stellen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir haben zwei Anträge, die wir gegenüberstellen.

:::

Der Antrag von Matthias Häuptli wird grossmehrheitlich angenommen.

Wir stellen nun den Antrag der Kommission dem Antrag von Herrn Häuptli entgegen.

:::

Der Antrag von Matthias Häuptli wird grossmehrheitlich angenommen.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident-Stv.:

§ 36 Zulassung

§ 37 Aufgaben

§ 38 Vertretung

§ 39 Berechnungsschlüssel

§ 40 Ratsdienste

§ 41 Zusammensetzung

§ 42 Pflichten und Rechte

§ 43 Motionen

§ 44 Postulate

§ 45 Behandlung von Motionen und Postulaten

§ 46 Vertretung bei parlamentarischen Vorstössen

§ 47 Erfüllung und Abschreibung

§ 48 Resolutionen

§ 49 Petitionen

§ 50 Interpellationen

§ 51 Dringliche Behandlung

§ 52 Budgetanträge

§ 53 Verfahrenspostulate

§ 54 Kleine Anfragen

§ 55 Fragestunde

§ 56 Form

§ 57 Budget

§ 58 Frist

§ 59 Überweisung an Kommissionen

§ 60 Verfahren

§ 61 Ratssprache

§ 62 Einberufung

§ 63 Sitzungstage

§ 64 Sitzungsort

§ 65 Einladung

§ 66 Präsenz

§ 67 Beschlussfähigkeit

§ 68 Traktandenliste

§ 69 Teilnahme Gemeinderat

§ 70 Infofenster Gemeinderat

§ 71 Beizug Sachverständige

§ 72 Öffentlichkeit

§ 73 Berichterstattung Medien

§ 74 Sanktionen gegenüber Sitzungsteilnehmenden

§ 75 Redeordnung

§ 76 Eintretensdebatte

§ 77 Beratung

§ 78 Sachanträge

§ 79 Ordnungsanträge

§ 80 Schluss der Beratung

§ 81 Schluss der Rednerliste

§ 82 Rückkommen

§ 83 Zweifache Beratung

§ 84 Schlussabstimmung

§ 85 Protokoll

§ 86 Eventualabstimmung

§ 87 Abstimmungsregeln

Matthias Häuptli, Kommissionsmitglied: Wir haben in diesem Paragraphen 87 die Möglichkeit drin, dass fünf Ratsmitglieder eine geheime Abstimmung verlangen. Wir haben in Paragraph 88 die Möglichkeit, dass fünf Mitglieder eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangen. Ich wurde letztes Mal zu Recht gefragt, wie das Verhältnis ist, wenn fünf eine geheime Abstimmung verlangen und fünf eine mit Namensaufruf. Das Dilemma wäre nicht so einfach zu lösen. Das hat mich zur Frage gebracht, was die geheime Abstimmung überhaupt in einem Parlament verloren hat. Ich meine nichts. Wir sind Volksvertreter und der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig. Ich sehe nicht, was es für Gründe gibt, dass wir hier drin geheim abstimmen. Bei Wahlen ist es etwas anderes. Wir hatten in der letzten Zeit keine geheimen Abstimmungen. Ich beantrage deshalb, dass man die Möglichkeit ganz streicht und in Paragraph 87 im Absatz 1 den zweiten Satz streicht, in Absatz 3 die letzten beiden Sätze streicht, und dann muss der erste Satz von Absatz 3 angepasst werden. Dort steht nämlich: „Bei offener Abstimmung wählt das Präsidium mit“. Dort müsste man dann sagen: „Das Präsidium stimmt mit“.

Rahel Balsiger Sonjic, Kommissionspräsidentin: Ich habe diese Anfrage auch erhalten und bin zum gleichen Schluss gekommen wie Herr Häuptli. Ich habe gesehen, dass wir mit diesem Widerspruch seit dem 12.04.2000 leben. Es wäre der Moment gekommen, dies zu bereinigen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag von Herrn Häuptli ab, diese Sätze zu streichen.

://:

Der Antrag Häuptli wird mit 25 Ja- und 1 Nein-Stimme sowie 7 Enthaltungen angenommen.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Könnte mir jemand erklären, weshalb dieser Antrag jetzt in mündlicher Form kommt? Matthias Häuptli ist doch Mitglied in dieser Kommission. Ich bin jetzt gerade etwas überrumpelt, deswegen habe ich mich enthalten.

Rahel Balsiger Sonjic, Kommissionspräsidentin: Die Begründung ist, dass es uns nicht aufgefallen ist, und Herr Ruckstuhl hat uns heute oder gestern per Mail darauf aufmerksam gemacht.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident-Stv.:

§ 88 Namentliche Abstimmung

§ 89 Verfahren

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Es kommt kein Antrag, ich möchte die Gelegenheit nutzen etwas einzubringen. Wir haben bei der ersten Lesung einen Vorstoss gebracht, dass die Partei- und Fraktionspräsidenten bei Wahlvorschlägen vorgängig informiert werden sollen. Ich finde es ein absolutes Unding, dass wir teilweise Leute in Gremien wählen und an der Sitzung selber den Wahlvorschlag erhalten. Da sprechen wir zum Teil von Sachen wie ein neues Mitglied in die GPK oder FIREKO. Man hört hier drin einen Namen und entscheidet dann. Ich finde es ein Unding. Wir hatten letztes Mal diesen Vorstoss eingebracht und der Einwohnerrat hat es knapp abgelehnt. Ich bitte darum, dass wir dies unter den Parteipräsidenten so regeln. Ich sage der SP gerne, wenn sie etwas nicht recht machen, jetzt kann ich auch mal sagen, wenn sie etwas recht machen, ich glaube Andreas Bammatter. Wenn sie einen Wahlvorschlag machen, dann erhält man ein Mail mit einem A4-Blatt, dort steht, wie er heisst, woher er kommt, wann er geboren wurde und was seine politischen Tätigkeiten sind. Ich möchte dies hier erwähnen. Wir behalten uns in Zukunft vor, bei Personen nicht mehr zuzustimmen, sondern uns zu enthalten und das Ganze abzulehnen.

Christoph Ruckstuhl, 2. Vizepräsident-Stv.:

§ 90 Geheime Wahlen

§ 91 Stille Wahlen

§ 92 Ermittlung der Wahlresultate

§ 93 Einwände gegen Wahlverfahren

§ 94 Wahlverfahren

§ 95 Unterstellung von Beschlüssen unter das Behördenreferendum

§ 96 Publikationspflichtige Ratsbeschlüsse

§ 97 Ergänzung

§ 98 Aufhebung bisherigen Rechts

§ 99 Inkrafttreten

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Es gibt einen Antrag von Bruno Gadola, SP-Fraktion.

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion: Ich denke, der Antrag ist falsch platziert. Paragraph 99 ist nicht der Ort, wo das hingehört. Ich habe mir überlegt, wo man dies allenfalls hintun könnte. Warum wir den Antrag stellen und weshalb wir es unterstützen, liegt daran, dass ich Präsident der Beratungsstelle für Gehörlöse Region Basel bin. Wir kämpfen immer wieder darum, dass behinderte Menschen Anerkennung erhalten. Mit dem Eintrag in dieses Geschäftsreglement können wir ein Zeichen setzen, dass auch Behinderte willkommen sind. Selbstverständlich ist dies vom Bundesgesetz vorgegeben. Es ist auch eine Einladung, dass sinnesbehinderte Menschen, Rollstuhlfahrer etc. bereit sind und erkennen können, dass sie willkommen sind.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Wie es mein Vorredner gesagt hat, ist es ein Zeichen und eine Einladung an Behinderte hier mitzumachen. Sie haben viel zu sagen und könnten ihre eigenen Interessen hier vertreten. Es wäre gut, wenn sich mehr Behinderte engagieren würden, dieser Paragraph könnte sie dazu auffordern. Herr Spinnler von der Gemeindeverwaltung hat uns eine Mail gesendet, wo er darlegt, dass durch die Bundesbestimmungen dieser Schutz gewährleistet ist. Das heisst nicht, dass es nicht auch formuliert werden darf im Gemeindegesetz. Das wäre ein gutes Zeichen. Ich habe mich mit der Fachstelle für Behinderte unterhalten. Sie würden es begrüssen, wenn so ein Paragraph in einem Gemeindegesetz erscheinen würde.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Inhaltlich gehe ich mit diesem Anliegen total einig, da gibt es gar keine Diskussion. Allerdings handelt es sich hier um eine baurechtliche Bestimmung, die gehört nicht ins Geschäftsreglement des Einwohnerrates, sondern ins zuständige Baureglement. Wie mein Vorredner es gesagt hat, stellt das Bundesgesetz dies bereits sicher. Wenn, dann müsste man es ins zuständige Baureglement schreiben.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Selbstverständlich sind bei uns Menschen mit einer Behinderung in irgendwelcher Form immer herzlich willkommen. Ich schliesse mich meinem Vorredner an. Wir haben das Bundesgesetz. Man muss nicht alles in einem Reglement auf Gemeindeebene wiederholen. Die Gemeinde hat ein Willkommenszeichen gesetzt, indem sich Sehbehinderte unsere Geschäfte auf der Internetseite vorlesen lassen können.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wie einige wissen, komme ich vom Bereich Bau und was dies so mit sich zieht. Es gibt kein Land, wo das barrierefreie und behindertengerechte Bauen so weit fortgeschritten ist wie bei uns. Das ist an genug Orten geregelt und das ist auch richtig so. Wir sind absolut der Meinung, dass so ein zusätzlicher Paragraph nicht notwendig ist und nicht in dieses Reglement gehört.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Es geht nicht nur um bauliche Massnahmen, es geht auch um sinnesbehinderte, also Seh- und Hörbehinderte. Das hat mit infrastrukturellen Massnahmen zu tun. Es wäre schön, wenn dies in der Gemeindeordnung garantiert wird, damit viele Menschen motiviert werden hier mitzumachen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wenn man das wortwörtlich nehmen würde, dass es auch um Sinnesbehinderte geht, dann müsste man sich fragen, ob man erreichen möchte, dass an jeder Einwohnerratssitzung ein Gebärdensprachdolmetscher anwesend sein muss und simultan übersetzt. Das kann riesige Auswirkungen haben, das muss man sich überlegen.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Jetzt ist mir Stephan zuvorgekommen. Ich finde das sehr nett, auch weil ich selber vielleicht bald den Rollstuhl brauche, dann komme ich hier besser rein. Das hat mit dem Einwohnerratsreglement nichts zu tun, mit dem Machwerk, wie wir den Einwohnerrat gestalten wollen. Dann müsste es umformuliert werden. Das Reglement müsste in Braille-Schrift und die Sitzung mit Dolmetscher in Gebärdensprache gestaltet werden. Wenn es so wäre, dann ist die Bereitschaft da, aber das müsste anders formuliert werden.

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion: Da wird jetzt Schindluderei mit den Gebärdensprachdolmetschern betrieben. Es steht klar, dass die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen Barrierefreiheit haben. Solange wir keine Gehörlosen im Einwohnerrat haben, ist dies keine Debatte. Weil ein paar Einwände gekommen sind, habe ich mir überlegt, dass wir das in Paragraph 64 anfügen könnten. Man könnte sagen: Der Sitzungssaal ist barrierefrei zu gestalten. Dann wäre es am richtigen Ort eingebunden. Zeichen setzen für Menschen mit einer Behinderung ist wirklich etwas Gutes. Es würde der Gemeinde Allschwil gut tun, wenn ich denke, wie viele Gehörlose in Allschwil leben. Es sind viele Menschen mit einer Behinderung da.

Roland Naef, fraktionslos: Ich möchte mich dem anschliessen, dass man es dort reinnimmt. Ich finde den Satz so nicht schlecht, damit man es dokumentiert. Schade ist, dass es keinen hundertsten Paragraph gibt, dass wir 100 Paragraphen brauchen, damit wir hier miteinander reden können.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag ab.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Mir ist nicht klar, über was wir jetzt abstimmen. Stimmen wir über den ursprünglichen Antrag von Bruno Gadola ab?

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ja, wir stimmen über den Antrag von Bruno Gadola ab.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Und über den Antrag, der von Patrick Lautenschlager nachgereicht wurde?

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Dann hätte ich diesen Antrag gerne schriftlich. Wir stellen die beiden Anträge gegenüber. Herr Gadola zieht seinen Antrag zurück. Gut, dann stimmen wir über den Antrag von Herrn Lautenschlager ab.

://:

Mit 13 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Jetzt haben wir noch den Antrag von Kathrin Gürtler, FDP.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wie man im Bericht zum Reglement entnehmen konnte, ist vorgesehen, dass man am Schluss des Reglements ein Glossar respektive ein Sachregister anfügen möchte. Das ist ein riesiger Aufwand, der sehr zeitintensiv ist. Unserer Ansicht nach steht er in keinem Verhältnis mit dem Nutzen, den es dem Benutzer bringen wird. Wie wir es im Geschäftsreglement sehen, ist es ein sehr gutes und detailliertes Inhaltsverzeichnis, dort kann man sehr schnell etwas finden. Wenn man in einem Glossar mit dem falschen Stichwort sucht, dann findet man es nicht mehr. Zudem müsste man, wenn man konsequent ist, auch bei anderen Reglementen Glossare machen. Für uns stimmt der Arbeitsaufwand Kosten/Nutzen nicht überein.

Matthias Häuptli, Kommissionmitglied: Eigentlich wollte ich noch einen anderen Antrag zu Paragraph 99 stellen. Ich rede gerne nach dem Antrag von Kathrin Gürtler.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich persönlich brauche kein Glossar. Es mir kein Gesetz bekannt oder präsent, welches so ein Glossar hat. Wir haben mit dieser Vorlage keines beschlossen, man kann durchaus darauf verzichten.

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion Ich finde die Idee eines Glossars sehr gut. Die Frage ist, was man darunter versteht. Ein Glossar ist eine Begriffserklärung für die Begriffe, die es hier gibt. Wenn ich neu hierhin komme, dann muss ich extrem viel lernen. Wenn ich das Reglement lese und im Glossar nachschauen kann, was die einzelnen Begriffe bedeuten, ist dies eine sehr grosse Hilfe. Ich fände es sinnvoll, auch im Sinne von Nachwuchsförderung zukünftiger Ratsmitglieder.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich musste grad ein bisschen lachen, als es hiess, dass es eine Kostenfrage ist. Da muss ich klar widersprechen. Ich kenne vom englischen Seminar ein 100-seitiges Buch, wo die Hilfsassistentin ein Glossar erstellt hat. Das ist ein Fachbuch, das ist relativ aufwändig. Jemand, der das kann, hat es in einem halben Tag erstellt. Das ist keine Kostenfrage und ich schliesse mich dem Vorredner Patrick Lautenschlager an, dass es sehr hilfreich sein kann, wenn man einsteigt und darin etwas nachschlagen kann.

René Imhof, SVP-Fraktion: Das Glossarium ist wirklich nicht notwendig. Fremdwörter, die man nicht versteht, kann man heute im Internet unter Wikipedia anfragen und erhält eine ausreichende Antwort. Das können wir uns wirklich sparen.

Rahel Balsiger Sonjic, Kommissionspräsidentin: Ich muss da noch etwas berichtigen, da fängt es schon an mit den Begriffen. Hier wird von Glossar und Begriffserklärung gesprochen. Wir in der Kommission haben von Stichwortverzeichnis gesprochen. Wir wollten gar nie eine Begriffserklärung. Für die Anfänger gibt es ein Parlamentsbüchlein, sobald wir das neue Reglement in Kraft gesetzt haben. Das ist für den Einstieg und die Unterstützung für die parlamentarische Arbeit, für die Neuen und für die, die schon dabei sind. Ansonsten kann man heute mit der Suchfunktion rasch vor, während und nach der Sitzung herausfinden kann, was ein Wort bedeutet.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es wurde von Rahel Balsiger gesagt. Wir müssen aufpassen, dass wir die beiden Themen nicht vermischen. Glossar und Broschüre Parlamentsarbeit. Wenn man unter Glossar eine Begriffserklärung versteht, dann muss ich darauf hinweisen, dass in der Broschüre Parlamentsarbeit jeder Begriff erklärt ist. Damit können sich die neuen Einwohnerräte orientieren. Dafür braucht es nicht im Geschäftsreglement noch eine Erklärung der Begriffe. Das kann viel besser in dieser Broschüre erklärt werden. Die Verwaltung ist bereit, diese Broschüre zu überarbeiten und Ihnen neu zur Verfügung zu stellen. Sie soll neu elektronisch zur Verfügung gestellt werden, und dort können Sie alle Informationen holen. Ein Stichwortverzeichnis braucht es hintendran nicht, das kann jeder selber machen. Wir müssen hier aufpassen, dass wir nicht anfangen, weitere Dienstleistungen zu erwarten und zu formulieren, ansonsten müssen wir bei jedem zukünftigen Reglement dies auch machen. Das würde alles zu weit führen. Ich bitte Sie, beim Einfachen zu bleiben, so wie wir es beschlossen haben, ohne Glossar. Das andere Büchlein wird überarbeitet und elektronisch zur Verfügung gestellt.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Antrag ab.

://:

Dieser Antrag wird mit 20 Ja- und 12 Nein-Stimmen sowie 3 Enthaltungen angenommen.

Matthias Häuptli, Kommissionsmitglied: Ich habe noch einen Antrag, eigentlich ein Korrigendum, zu Paragraph 99. Wir haben im Bericht der Kommission für die zweite Lesung unter Punkt 2 den Antrag stehen: „Das Geschäftsreglement Einwohnerrat wird per 1.7.2016 in Kraft gesetzt“. In Paragraph 99 steht aber: „Dieses Geschäftsreglement wird mit Genehmigung durch den Rat in Kraft gesetzt“. Ich glaube, es ist sinnvoll, vor allem angesichts der Neu-Gruppierung der Kommissionen, dass wir dies nicht jetzt machen, sondern auf die neue Legislatur und dann das Geschäftsreglement in Kraft treten lassen. Das ist die Meinung der Kommission. Ich beantrage Ihnen, dass Paragraph 99 entsprechend abgeändert wird.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Im Bericht steht dieser Antrag bereits: „Das Geschäftsreglement Einwohnerrat wird per 1.7.2016 in Kraft gesetzt“.

Matthias Häuptli, Kommissionsmitglied: Das ist das Problem des Widerspruchs. Dann müsste man den Paragraph 99 ändern, weil dort steht „mit Genehmigung durch den Rat“. Und das würde heissen, sofort.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen darüber ab.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Die Beratung dieses Geschäfts 4067B ist abgeschlossen. Die zweite Lesung ist somit abgeschlossen. Wir kommen zum Bericht und zu den Anträgen der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente.

1. Dem totalrevidierten Geschäftsreglement vom 16.09.2015 des Einwohnerrates Allschwil wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Geschäftsreglement Einwohnerrat wird per 01.07.2016 in Kraft gesetzt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Das Verfahrenspostulat No. 4067 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

PAUSE

INFO-FENSTER

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Gibt es vom Info-Fenster nichts zu berichten? Gut, dann kommen wir zur Fragestunde.

FRAGESTUNDE

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Die erste Frage kommt von Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion. Gemeindeinitiative Sozialhilfe.

Gemeindeinitiative zur Sozialhilfe

Verschiedene Gemeinden haben vor, gemeinsam eine Gemeindeinitiative zu starten.

Fragen:

1. *Wie steht der Gemeinderat zu dieser Initiative?*
2. *Beteiligt sich die Gemeinde bei dieser Initiative? Und warum?*
3. *Welche Vor- bzw. Nachteile würde diese Initiative für Allschwil ergeben?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Herr Lautenschlager hat etwas aufgenommen, das im Kanton Aufregung gab. Verschiedene Gemeinden, welche bis jetzt effektiv nicht so viel hatten und dann gab es plötzlich einen Block, wo es viel günstigen Wohnraum gab wie beispielsweise in Grellingen, und die haben sich dann da angeschlossen. Der Gemeinderat hat das Schreiben der Gemeinde Grellingen in einer Sitzung behandelt. Dort gibt es den Vorschlag, dass man eine Arbeitsgruppe einsetzt. Wir haben beschlossen, dass wir nicht daran teilnehmen. Es wäre auch nicht gegangen, weil am gleichen Tag noch Einwohnerratssitzung war, das hat natürlich Vorrang. Bei der Gemeindeinitiative machen wir nicht mit, ich weiss nicht, ob es jetzt zustande kommt. Es müssen fünf Gemeinden dabei sein, um eine solche Initiative zu machen. Wir sind der Meinung, wenn man so etwas macht, pro Kopf im ganzen Kanton und mit verschiedenen Modellen, die vorgeschlagen wurden, 20%, 30% oder 35% Grundkosten, wie dann am Schluss der Text aussieht, weiss man nicht. Wir meinen, dass jede Gemeinde ihre Verantwortung übernehmen und das Ganze steuern und handeln soll, so wie wir das bei uns auch machen. Das Risiko besteht, dass es Gemeinden gibt, die sich gut engagieren und schauen, dass sie die Situation im Griff

haben. Es gibt andere Gemeinden, die sagen, dass sie es über die Köpfe über den ganzen Kanton verteilen und dadurch sich weniger engagieren. Das Risiko besteht, dass man sagt, dass man Personal einspart und die Klienten nur noch verwaltet anstatt sie zu betreuen. Dadurch haben weder die Klientinnen und Klienten einen Vorteil und finanziell erst Recht nicht. Aus diesen Gründen hat der Gemeinderat beschlossen, dass wir bei dieser Gemeindeinitiative nicht mitmachen und dass wir niemanden in die Arbeitsgruppe schicken. Wir sehen im Moment keinen Vorteil, aber letztendlich auch keinen grossen Nachteil. Es gibt noch den Lastenausgleich des Kantons. Da wäre eher etwas herauszuholen als bei der Gemeindeinitiative. Wir sind nicht für Mitmachen bei dieser Initiative und beteiligen uns nicht. Ich hoffe, ich konnte die Antwort geben.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Lautenschlager, sind Sie zufrieden mit der Antwort?

Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion: Ja, danke.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur zweiten Frage von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, Hindernisfreiheit.

Hindernisfreiheit

Anlässlich eines Rundgangs mit einem Rollstuhlfahrer:

Fragen:

1. *Gemeindebriefkasten beim Lindenplatz: Einwurfschlitz zu hoch, Zugang durch Randstein verwehrt.*
2. *Postagentur Baslerstrasse 310: keine Zugangsmöglichkeit mit dem Elektrorollstuhl (mit Rollator erschwert) – Postagentur als öffentliches Gebäude!*
3. *Traminsel am Lindenplatz für den Rollstuhl nicht erreichbar – kein Zugang zum Tram!*
4. *Abstimmungsbriefkasten bei der Verwaltung kann nur schwer erreicht werden (Schlitz zu hoch)*
5. *Sammelstelle beim Feuerwehrmagazin: Hindernis ein Mäuerchen!*

Wann gedenkt der Gemeinderat diese – und sicher weitere – Hindernisse zu beseitigen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Dem Gemeinderat ist bekannt, dass am Lindenplatz der Briefkasten tatsächlich sehr hoch ist und dass es dort eine Nische hat, wo man über einen Rand muss. Wir können in Aussicht stellen, dass wir versuchen mit dem laufenden Budget dies in einen ordnungsgemässen Zustand zu bringen, sodass ein Rollstuhlfahrer vom Trottoir aus seinen Rechten und Pflichten als Stimm- und Wahlbürger oder –bürgerin nachkommen kann. Wir werden dies mit dem laufenden Budget versuchen zu erledigen.

Ich nehme auch grad noch Stellung zum Abstimmungsbriefkasten bei der Gemeinde. Das ist eine relativ einfache Sache. Dort hat man mal einen Schlitz zugemacht, das heisst, man setzt dort ein Blech ein und macht den Schlitz wieder auf. Das ist mit wenigen Handgriffen erledigt und dies werden wir kurz und entschlossen regeln.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich darf Ihnen die Antwort auf die Folgefrage zur Postagentur am Lindenplatz geben, welche auch keinen Zugang hat für einen Elektro-Rollstuhl. Dies liegt dort im Verantwortungsbereich der Post. Ich bin gerne bereit, dies an die Post weiterzuleiten, damit diese dafür sorgen, dass es zugänglich wird.

Ich schliesse an mit der dritten Frage von Jean-Jacques Winter, wo es darum geht, die Traminsel am Lindenplatz für Rollstuhlgänger zugänglich zu machen. Die Zuständigkeit dort liegt beim Kanton Baselland. Mit dem Erneuerungsprojekt der Baslerstrasse soll genau das umgesetzt werden. Das Problem ist, dass es erst 2018 oder sogar noch später umgesetzt werden soll. Da sind uns die Hände gebunden. Wir sind zwar im Kontakt mit dem Kanton und versuchen auch zu erwirken, dass es früher kommt, aber letztendlich gehen wir davon aus, dass wir nicht so starke Karten in der Hand haben.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich frage die SP-Fraktion an, ob sie mit der Antwort zufrieden sind? Danke.

Wir kommen zur Frage 3, Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion. Herr Keller, wenn Sie so viele Fragen haben, darf ich Sie bitten, dies beim nächsten Mal als Interpellation abzugeben. Es geht um Information und Kommunikation.

Information und Kommunikation

Fragen:

- 1. Im Frühjahr 2013 hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat bei der Behandlung der Gartenhof-Schulbauvorlage die Nachreichung einer Information über die Aussenraumplanung in Aussicht gestellt: Wann wird diese substantiell und konkret erfolgen?*
- 2. Vor gut einem Jahr hat der Gemeinderat für das 2. Quartal 2015 zum WegmattenarealProjektteil Landschaftspark einen Bericht im Einwohnerrat angekündigt: Wann wird dieser Bericht nun definitiv erfolgen?*
- 3. Ebenfalls vor einem Jahr hat der Gemeinderat im Einwohnerrat eine öffentliche Information zur verstärkten und regional abgestimmten Beteiligung der Gemeinde am Klimaschutz in Aussicht gestellt: Für wann kann aktuell damit gerechnet werden?*
- 4. Nach der gescheiterten Vorlage zur Parkraumbewirtschaftung haben wir aus der Bevölkerung weiterführende Lösungsvorschläge erhalten: An wen bei der Verwaltung können sich Einwohnerinnen und Einwohner damit wenden; und wie ist gewährleistet, dass sie sich mit ihren Ideen ernst genommen fühlen können?*
- 5. Anfang Juli 2015 habe ich dem Gemeinderat in einer schriftlichen Eingabe fachlich begründete Vorschläge unterbreitet, wie trotz mangelnder Finanzen auch in Allschwil eine Frühförderung für Kinder gewährleistet werden kann: Wann werde ich dazu eine Eingangsbestätigung, und wann eine Antwort bekommen?*

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich kann hier kurz Stellung nehmen zur ersten Frage von Ueli Keller, die Behandlung des Gartenhof-Schulhauses, Nachreichung der Informationen über den Aussenraum. Der Aussenraum wurde tatsächlich vom Generalplaner geplant und wir sind nochmals zu Zeno Steuri vom Kompetenzzentrum Kind Jugend und Familie gegangen. Es gab einen Workshop mit Kindern, die dort zukünftig in die Schule gehen werden, auch Lehrer und Lehrerinnen waren dabei. Die Ergebnisse dieses Kinder-Workshops, der im Frühling stattgefunden hat, hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Das muss jetzt wieder einfließen, um zu schauen, ob es so umgesetzt werden kann. Wir rechnen damit, dass wir in der Novembersitzung dazu eine kurze Information abgeben können, wie die Umgebung des neuen Schulhauses Gartenhof gestaltet werden soll.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich schliesse mit der zweiten Frage an, wo es darum geht, wie weit wir mit dem Landschaftspark in den Wegmatten sind. Dort hat sich das Vorprojekt verzögert. Wir nutzen die Gelegenheit und warten, bis wir das Hochbau-Projekt auf der Wegmatten weitergetrieben haben. Wir gehen davon aus, dass wir Ihnen 2016 eine Sondervorlage unterbreiten können, wo man die Investitionen sieht.

Ich schliesse an mit der dritten Frage. Wir haben angekündigt, dass wir eine Beteiligung eingehen an einem Klimaschutzprojekt, wo wir die Energieeffizienz der Gemeinde feststellen möchten. Dies ist wegen einer sehr zurückhaltenden Beteiligung an diesem Projekt von anderen Gemeinden ins Warten geraten. Wir möchten jetzt abwarten, wie sich der trinationale EuroDistrict Basel verhält, ob man das Projekt mit weniger Gemeinden weiterführt oder redimensioniert. Ich orientiere Sie darüber, sobald es neue Entwicklungen gibt. Im Oktober 2015 ist eine Sitzung, wo wir wieder mehr erfahren werden.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich gebe Ihnen Antwort zur Frage, wo man sich hinwenden kann, wenn man Ideen hat nach dem gescheiterten Parkraumbewirtschaftungsprojekt. Grundsätzlich hat der Souverän die Parkraumbewirtschaftung bachab geschickt, das Projekt ist somit für den Gemeinderat abgeschlossen. Selbstverständlich sind wir immer offen für neue innovative Ideen, bisher und auch künftig. Ansprechpartner dafür ist Andreas Meyer, Leiter der Gemeindepolizei. Er nimmt Anregungen

gerne entgegen. Bitte haben Sie auch Verständnis, dass wir Ideen zwar gerne entgegennehmen, aber sie nur im Rahmen des Budgets und des bestehenden Personals umsetzen können. Viele Ideen sind zwar verlockend und toll, lassen sich aber mit dem bestehenden Personal nicht umsetzen. Es kommen immer wieder kleine und grosse Ideen rein und wir konnten schon einige umsetzen. Ja, wir nehmen unsere Bevölkerung ernst, das ist unsere Aufgabe, bitte wenden Sie sich an unsere Gemeindeverwaltung.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Wir bestätigen dir mündlich, dass deine Mail eingegangen ist. Wir haben nicht realisiert, dass du auf eine Eingangsbestätigung wartest. Ich bestätige dir das hiermit. Die Frage zur Frühförderung wurde in der letzten Fragestunde an der Einwohnerratssitzung vom 17.06. umfassend beantwortet. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass öffentliche längerfristige Aufgaben im Bildungswesen nicht durch privates Sponsoring finanziert werden kann. Insbesondere längerfristige Finanzierungen durch Stiftungen wie zum Beispiel die Jacobs Foundation, mit denen man bereits im Sommer 2014 in Kontakt war, sind in der Regel nicht möglich, wenn sich die Gemeinde nicht an der Finanzierung beteiligt. Eine budgetneutrale Umsetzung der Frühförderung auf Kosten von anderen Angeboten oder durch Kürzungen von anderen Ausgaben, wie du es in deinem Mail forderst, ist aus Sicht des Gemeinderates auszuschliessen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe bewusst meine Fragen ganz eng gestellt, ich wollte nur wissen, wann. Das sind aus meiner Sicht keine komplizierten Fragestellungen. Ich bin nicht so glücklich darüber, dass solche Sachen nicht mehr weiter behandelt werden. Ich habe eine andere Vorstellung von Kooperation als der Gemeinderat. Bei den ersten vier Fragen ist es für mich okay, bei der fünften Frage wegen der Frühförderung bin ich noch nicht zufrieden. Das abgewandelte Postulat ist dort immer noch hängig und noch nicht abschliessend beantwortet. Den Bericht dazu gibt es noch nicht. Es wurde in der letzten Fragestunde eine Antwort gegeben, heute gab es wieder eine Antwort, die ich eigentlich gar nicht haben wollte. Ich wollte nur wissen, ob der Gemeinderat auch davon aus, dass das Postulat noch nicht abschliessend beantwortet wurde und ob er das noch abschliessend beantwortet.

Franziska Pausa, Gemeinderätin, Es wird noch abschliessend beantwortet.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, Dann bedanke ich mich herzlich und möchte noch darauf hinweisen, dass die fünfte Frage von meinem Vorgänger noch nicht beantwortet wurde.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich habe ein Rückkommen, wie das nach dem Glossar Bammatter angeblich heisst. Uns freut es uns natürlich sehr, dass die Mängel behoben werden. Leider wurde Punkt 5, die Sammelstelle bei der Feuerwehr, übergangen. Gibt es dazu noch eine Antwort?

Robert Vogt, Gemeinderat: Danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben dies nachzuholen, ich wollte es nicht versäumen. Die Sammelstelle beim Feuerwehrmagazin, das habe ich selber überprüft, ist zugänglich auch für Rollstuhlfahrer. Das Trottoir hat ein leichtes Gefälle. Es ist am einen Ende der Sammelstelle bündig eben befahrbar. Durch die ebene Plattform kommt man zu jeder Einwurfstelle, wo man Blech, Glas und Öl entsorgen kann. Da ist kein Handlungsbedarf gegeben. Wenn es spezielle Bedürfnisse gibt, was ich gut verstehe, dann kommt bitte entweder zu mir oder zum Departement Tiefbau und klärt das direkt. Nach meiner Beurteilung gibt es keinen Handlungsbedarf.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Winter, ist die Antwort für Sie okay?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wunderbar, danke.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 4, Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, Support für Flüchtlinge.

Support für Flüchtlinge

Fragen:

1. Was denkt der Gemeinderat über ein Allschwiler Netzwerk von Freiwilligen, die für Flüchtlinge Support im und für den Alltag leisten, und ihnen damit das Ankommen und sich Zurechtfinden bei uns unbürokratisch niederschwellig ermöglichen sowie ihre Integration praxisorientiert fördern?
2. Ist der Gemeinderat gegebenenfalls bereit, die Bildung und den Unterhalt eines solchen Netzwerks mit Infrastruktur und Kommunikation zu unterstützen?
3. Und wenn ja, an wen können sich Freiwillige bei der Gemeindeverwaltung dafür wenden?

Arnold Julier, Gemeinderat: Das ist ein ganz schwieriges Thema. Wir sehen die Flüchtlingswelle, die momentan stattfindet in ganz Europa, man sieht Bilder in den Medien. Herr Keller hat dazu Fragen gestellt, in welcher Form die Gemeinde hier unterstützend sein kann. Wir haben das Asylheim als Teil der EVZ, Empfangs- und Verfahrenszentrum, dem Bund übergeben. Sie betreiben das als Dependance zum Bässlergut, damit sie mehr Platz haben. Es hiess, dass die Abklärungen schneller getroffen werden müssen, und der Bund hat gesagt, dass sie dafür an den Empfangsstellen mehr Platz brauchen, damit sie das vor Ort abklären können. Leider wollen das alle, aber wenn es hiess, dass ein Asylheim kommt, dann haben wieder alle nein gesagt. Wir haben gesagt, dass wir Hand bieten und haben dem Bund dies zur Verfügung gestellt. Zurzeit haben wir keine Zuteilungen von Asylsuchenden. Was für eine Unterstützung besteht und was die richtige ist, dafür müssten wir mit der Leitung des Empfangszentrums Abklärungen treffen, was es überhaupt für Möglichkeiten gibt. Ebenso könnte man Kontakt aufnehmen mit der Betreuungsfirma, ORS, die unsere bestehenden 18 Asylsuchenden betreut, die in der Gemeinde in Wohnungen wohnen. Bei denen könnte man auch nachfragen, was für Unterstützungsmöglichkeiten sie benötigen. Wenn private Personen oder Organisationen, wie das zum Beispiel in Arlesheim war, Unterstützung anbieten möchten, dann können sie das natürlich machen. Inwiefern die Gemeinde hier Support bieten kann, ist offen. Es ist die Frage, ob wir überhaupt Kapazitäten dafür haben. Die Frage ist, was überhaupt müssen wir anbieten, das ist schwierig. Der Kanton ist beim Aufbau eines Götti-Systems. Dieses System funktioniert so, dass jemand, der Interesse hat und behilflich sein möchte, sich melden kann. Sie werden dann zugeteilt zu einer Familie und begleiten diese und unterstützen sie in ihrer Situation hier in der Schweiz. Wenn das jemand machen möchte, dann kann er sich beim Kanton melden.

Zur Frage 1. Es ist natürlich sehr schwierig mit einem Netzwerk von Freiwilligen. Die Freiwilligen sollten schauen, dass sie das selber aufgleisen können. Wenn es eine Möglichkeit gibt, dass die Gemeinde unterstützt, sofern sie Ressourcen hat, dann darf man sich an den Gemeinderat wenden. Er kann dann entscheiden, welcher Support geboten werden kann.

Bildung und Unterhalt eines Netzwerks, das habe ich gesagt, ist in dieser Form nicht möglich für die Gemeinde selber. Im Rahmen der Möglichkeiten, welche die Gemeinde hat, kann man dies unterstützen. Wenn jemand von den Freiwilligen dies anbieten möchte, oder auch Organisationen, dann können sie sich bei Herrn Weyermann, Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste, Gesundheit melden.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Danke für die Antwort. Ich glaube, man kann die Herausforderung, die sich hier stellt, nicht einfach in der Verwaltung und den bezahlten Profis delegieren, man muss etwas organisieren, damit sich Freiwillige, die etwas tun wollen, beteiligen können, um diese Herausforderung konstruktiv zu meistern.

Belagsschaden

Beim Übergang Parkallee zum Hegenheimerweg (Brüggli über Bachgraben) hat sich im Verlaufe der Zeit auf der linksufrigen Seite (im Brüel) einen gröberen Riss durch den Asphalt gebildet. Dieser kann für die Nutzerinnen und Nutzer mittel oder langfristig zu einem Risikofaktor werden.

Frage:

1. Wann wird dieser Belagsschaden behoben?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich kann zur Frage von Etienne Winter, SP-Fraktion Stellung nehmen, die Belagschäden am Veloweg zwischen dem Alterszentrum und dem Bachgrabengebiet. Dort hat es einen grossen Schaden, den wir im Laufe des Jahres beheben werden.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage von Semra Wagner, SP-Fraktion.

Ziegelwägli

Frage:

1. *Beabsichtigt oder plant der Gemeinderat beim neuen Schulhaus für die schulpflichtigen Kinder der Zigelei / Sky Park einen direkten Übergang (Fussgängerstreifen mit Rotlicht) beim Ziegelwägli (rechts vom Jumbo Baumarkt) über die Binnerstrasse?*

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Die Fragestellung ist, wie das in Höhe Jumbo aussieht, der Fussweg Ziegelweg endet dort. Auf der anderen Seite gibt es das neue Schulhaus. Wie soll der Übergang stattfinden, damit es ein sicherer Schulweg ist. Es wird ein Schulweg-Konzept erstellt von Pestalozzi & Stäheli, Ingenieurbüro aus Basel. Im Rahmen dieses Schulwegkonzepts geht es auch um die Verkehrssicherungsmassnahmen an diesem Standort. Das Konzept liegt noch nicht vor, darum können wir heute noch nicht dazu Auskunft geben. Selbstverständlich haben wir die Schulwegsicherheit im Auge und werden dies zeitgerecht umsetzen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 7, Semra Wagner, SP-Fraktion, Spendenaktion.

Spendenaktion

Frage:

1. *Die christkatholische Kirchgemeinde Arlesheim wurde bei ihrem Spendeaufruf für Syrien bereits am 1. Tag von einer Spende Flut überrollt. Plant die Gemeinde Allschwil auch eine Aktion zu Gunsten der Flüchtlinge?*

Arnold Julier, Gemeinderat: Frau Wagner fragt, ob wir auch eine Spendenaktion durchführen, wie das die christkatholische Kirchgemeinde von Arlesheim gemacht hat. Der Gemeinderat plant keine Spendenaktion zugunsten der syrischen Flüchtlinge in diesem Rahmen. Sie wurden überschwemmt dort, wie ich gehört habe, haben sie Schwierigkeiten, dass sie alles unterbringen können. Wenn ich Peter Maurer vom Roten Kreuz höre, dann ist das aus seiner Sicht nicht der richtige Weg. Sie brauchen Geld, um vor Ort dies einzusetzen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Zu dieser Frage möchte ich gerne kurz eine andere Antwort geben. Es haben 28 Einwohnerräte und die Gemeinderäte heute ihr Sitzungsgeld gespendet.

Gemeindestrassen

Entlang der Wassersteine und Trottoirabschlüsse der Allschwiler Gemeindestrassen spriessen aus den Fugen diverse Pflanzenarten. Das Wurzelwerk dieser Pflanzen beschädigt den Strassenkörper was mittel und langfristig zu Schäden führt, zusätzlich wird der Wasserabfluss bei Regenfällen gestört oder gar verunmöglicht. Dieser Zustand deutet auf einen mangelnden Unterhalt der Strasseninfrastruktur (Fugen) in den vergangenen Jahren und auch aktuell hin.

Fragen:

1. *Wie gedenkt die Gemeinde diesem unbefriedigendem Zustand zu begegnen?*
2. *In welchem Rhythmus werden in der Gde Allschwil Fugen im Strassenkörper kontrolliert, und erneuert?*

Robert Vogt, Gemeinderat: Es geht um Gemeindestrassen, Andreas Bärtsch von der FDP-Fraktion hat die Frage zum Zustand gestellt. Er sieht Grasbüschel an den Strassenränder wachsen. Das gehört sich natürlich nicht so. Ich kann diese Fragen insofern beantworten, dass wir dies an den Gemeindestrassen jährlich überprüfen. Weil wir über 40 km Strassen haben, über 80 km Strassenränder, ist es nicht möglich sämtliche Abschnitte in einem Jahr zu pflegen. Entsprechend haben wir einen Abschnitt von rund 400 Meter Fugen, die wir jedes Jahr sanieren. So hätten wir nach ungefähr 20 Jahren alle Fugen saniert. In letzter Zeit kommt dazu, dass wir die Möglichkeit haben, mit der Firma ORS Asylsuchende einzusetzen, welche die manuelle Arbeit, die Reinigung der Fugen, machen kann und kein Gift mehr braucht. Dadurch konnte die Kadenz gesteigert werden. Wir gehen davon aus, dass wir über mehrere Jahre das Bild der Strassen verbessern können.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich möchte ein grosses Lob aussprechen für den Gemeinderat. Er hat die Neptunstrasse total saniert. Das wurde in einer Art und Weise durchgeführt, welche uns alle glücklich gemacht. Tolle Strassenarbeiter, gutes Verhältnis, schnelles Arbeiten, Chapeau.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich habe eine Zusatzfrage an Gemeinderat Morat. Er ist ja der Erst-Verantwortliche für unser neues Schulhaus, unser grosses Bauprojekt. Ist es richtig, dass die meisten Arbeiten vergeben wurden? Konnte man sie gut vergeben, sprich wir sind weit unter dem Budget? Wie sieht Gemeinderat Morat dies, ist es das Ziel, die Schlussabrechnung unter dem Budget zu machen oder ist das Ziel, das Budget auszunutzen?

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist eine hypothetische Frage. Wir haben den Auftrag vom Volk erhalten, ein Schulhaus zu bauen in einer gewissen Qualität und Zeit und zu einem gewissen Preis. Momentan sieht es sehr gut aus, wir haben fast 90% von allen Arbeiten vergeben und haben unsere kleine Reserve durch Vergabeerfolge aufstocken können. Das ist nur zurzeit so, also eine Momentaufnahme. Selbstverständlich spielt es erst eine Rolle, wenn sämtliche Nachträge, Rapporte, etc. bezahlt sind. Insofern sind wir noch weit davon weg, dass wir sagen können, dass wir am Schluss dort landen, wo wir möchten. Im Steuerungsausschuss und im Gemeinderat sind wir ständig darauf bedacht, dass wir uns jede Ausgabe überlegen, ob das sinnvoll ist und ob es sein muss. Wir gehen sehr verantwortungsvoll mit dem Auftrag des Einwohnerrates und des Volkes um. Im Augenblick kann ich leider nicht mehr sagen, weil noch zu viele Unwägbarkeiten bezüglich Unvorhergesehenem vorhanden sind. Wir sind zuversichtlich, dass es gut kommt.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Es ist die Befürchtung, dass die Schlussabrechnung noch nicht da ist. Ich möchte unterstreichen, dass die Bevölkerung und wir vom Einwohnerrat hoffen, dass wir unter dem Budget liegen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wie gesagt, wir haben Qualität, Termine und Kosten im Auge. Und alle drei Sachen müssen stimmen. Ein kleines Beispiel. Wir haben Beschleunigungsmassnahmen beschlossen, zuerst im Steuerungsausschuss und dann im Gemeinderat. Das hat etwas gekostet, sodass wir gewisse Sachen aufholen konnten, welche im Terminprogramm nach hinten gefallen sind. Wir schauen immer darauf, dass wir ausgeglichen sind und alle drei Aspekte berücksichtigen.

Roland Naef, fraktionslos: Ich habe zwei Fragen von heute Abend. Eine Frage geht an den gesamten Gemeinderat. Mit der Androhung der SVP für eine Volksinitiative betreffend der Reduktion des Gemeinderates von 7 auf 5. Mich würde es interessieren, wenn die Gemeinderäte an einer nächsten Sitzung sagen könnten, wie viele Stunden sie pro Woche aufwenden, ausgehend von einer 45-Stundenwoche. Das wäre interessant in Zusammenhang mit der Androhung der Initiative. Ich weiss, dass es viel ist, aber es würde vielleicht alle interessieren, wie viel es effektiv ist. Das muss nicht heute sein, aber vielleicht in einer der nächsten Sitzung. Die zweite Frage geht an Gemeinderat Julier. In Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik, wo wir nicht wissen, was überhaupt passiert und was auf uns zukommt. Ist das Departement von Ihnen vorbereitet auf einen anfälligen Ansturm oder eine allfällige Verteilung, wo Allschwil zusätzlich Leute übernehmen müsste?

Arnold Julier, Gemeinderat: Wenn noch etwas käme, dann wüssten wir das im Voraus. Wie ich schon gesagt habe, haben wir momentan keine Zuteilung bis 200. Es gibt einen Prozentsatz, wie viel jede Gemeinde aufnehmen muss. Das ist jetzt 0.8%, die meisten haben 0.5%. Wenn es 1% wäre, dann erhalten wir auch. Wenn das so wäre, dann werden wir vorgängig informiert seitens des Kantons, dass neu 1% gilt. Dann können wir uns schon vorbereiten, aber das ist nicht ganz einfach. Wir haben das Asylheim dem Bund übergeben. Unterkünfte als Notfall, vorübergehend, wären Zivilschutzanlagen, die in Betracht gezogen werden müssten. Momentan wüsste ich kein Gebäude, wo man mehrere Asylsuchende unterbringen könnte. Wie gesagt, wenn der Kanton 1% sagt, dann wissen wir das im Voraus und könnten dies organisieren.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wenn der Zivilschutz verlangt wird, dann bin ich involviert. Ich war diese Woche an einer Sitzung beim Kanton. Der Kanton beabsichtigt kantonale Zwischenlager einzurichten, sodass er die Vorlaufzeit der Gemeinden um sechs Monate erhöhen kann. Somit hat die Gemeinde genug Vorlaufzeit zum Reagieren. Das gibt meinem Kollege Arnold Julier Zeit. Die Planung beim Kanton wird mit Hochdruck vorangetrieben. Vom Regierungsrat haben sie den Auftrag bis Ende Oktober die Planung abzuschliessen für die Zwischencamps. Der Kanton und die Gemeinden sind auf Kurs. Auf die Flüchtlingsströme, wir hoffen, dass sie nicht kommen, aber wenn sie kommen, sind wir vorbereitet.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe zwei Fragen. Wenn wir die aktuelle Broschüre der Parlamentsarbeit haben, dann steht dort auf Seite 17. Die Fragestunde soll den Mitgliedern des Einwohnerrates dienen, sich über aktuelle Einzelfragen kurz orientieren zu lassen. Ich habe mir die Zeit genommen, nachdem ich das Papier wieder gesehen habe und gewusst habe, wie viele Fragen heute kommen, in den letzten Sitzungen die Fragen anzuschauen. Durch die langen Fragen werden die Ausführungen auch wieder länger. Alleine heute sind wir nun bei 30 Minuten für die Beantwortung der Fragen auf dem Papier. Hier sind ganz viele Fragen, die absolut bilateral machbar sind mit dem zuständigen Gemeinderat oder dem zuständigen Departement. Die Fragen, die wichtig sind, gehören in eine Interpellation. Ich will niemandem etwas unterstellen, aber ab und zu hat man das Gefühl, dass es hier nur um einen Geltungsdrang geht, um zu zeigen, dass man sich für etwas einsetzt. Ich frage mich, wie der Gemeinderat zu dieser Entwicklung steht mit immer längeren Fragen?
Die zweite Frage ist, ob sich der Gemeinderat überlegt hat, dass jede Frage, welche mehr als 1 Frage ist, schriftlich beantwortet wird und an der Einwohnerratssitzung gar nicht mehr diskutiert wird, sondern nur, wenn die Fragesteller eine Frage haben, und diese Positionen, wo wirklich eine Frage drin ist, kurz und knapp mündlich beantwortet?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich mir die letzte Frage nicht merken konnte. Die erste Frage ist klar. Wir haben das im Gesamtgemeinderat noch nie diskutiert. Aufgefallen ist mir persönlich dies auch. Ich habe mich auch gefragt, an was es liegt, dass die Fragezeit so einen grossen Teil der Einwohnerratssitzungen beansprucht. Weiter bin ich noch nicht gekommen. Jetzt wäre ich froh, wenn du die letzte Frage nochmals formulierst.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Person X stellt zu einem Thema Fragen, und sobald es mehr als eine Frage wird, könnte der Gemeinderat diese schriftlich beantworten. Dann muss er in der Fragestunde nicht mehr jede Frage beantworten. Wenn der Fragesteller dann noch eine zusätzliche Frage hat, dann kann er sie zusätzlich stellen. Zum Beispiel die Frage 7 von Semra Wagner kann mündlich beantwortet werden, aber nicht mehr eine ganze Litanei.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Es geht um den Kindergarten Pestalozzi, der bekanntlich frisch in Betrieb genommen wurde. Bei den anderen Kindergärten, die neu gebaut wurden, gab es eine kleine Einweihung, wo die Anwohner und die Einwohnerräte die Chance hatten, kurz rein zu schauen. Meine Frage an den Gemeinderat ist, weshalb hat man das beim Kindergarten Pestalozzi nicht gemacht? Dort gab es immerhin spontan noch einen halben Keller darunter, wo lange nicht klar war, was dies bedeutet. Könnte der Gemeinderat dies für die Anwohner nachholen. Er soll sie einladen, damit sie schauen können, das Interesse dafür besteht.

Franziska Pausa, Gemeinderätin: Danke für diese Frage. Wir haben eine Einweihung gemacht vom Pestalozzi-Kindergarten, das war grad von den Sommerferien. Das war am Morgen, wo am Nachmittag

das Einwohnerratessen war. Nicole, Christoph und ich waren dort und wir haben uns gewundert, dass von unseren ganz treuen Einwohnerräten niemand da war. Wir dachten dann, dass es vor den Sommerferien zu heiss war und es noch das Fest gab. Die Sache hat mir keine Ruhe gelassen. Ich habe Carolin Müller gefragt, ob sie nicht eingeladen hat. Sie hat gesagt, dass sie es gemacht hat wie immer. Sie hat die Einladung geschrieben und an die Stelle geschickt, wo sie an die Einwohnerräte verteilt werden sollte. Das ist unglücklich gelaufen und ich bin froh, dass du das nochmals sagst. Wir vom Gemeinderat schlagen vor, dass wir gerne einen Besichtigungstermin machen voraussichtlich am 16. Oktober zwischen 15.30 und 17.00 Uhr. Ich lade Sie per Mail ein und die Anwohner werden mit Flyer eingeladen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich bedanke mich für die Antwort und für die Bereitschaft nochmals etwas zu organisieren.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Zur Frage von Florian Spiegel zur Frage-Stunde. Sie haben verschiedene Möglichkeiten, sich im Einwohnerrat einzubringen. Eine Möglichkeit ist die Frage-Stunde, eine andere ist die kleine Anfrage und Interpellation. Bei der Revision des Geschäftsreglements stand dies zur Diskussion, dass man etwas ändert bei der Frage-Stunde. Wir vom Gemeinderat hätten Ihnen fast beantragt, die Frage-Stunde zu streichen. Das haben wir aber nicht gewagt, weil Sie das wahrscheinlich nicht möchten. Es war noch eine andere Variante drin, wo es hiess, dass die Fragen nur mündlich gestellt werden können. Dies wurde dann wieder revidiert und es hiess mündliche oder schriftliche Anfragen. Dafür kam dazu, dass der Gemeinderat möglichst kurz antwortet. Eine andere Lösung, wie du das beschrieben hast, hätte man wahrscheinlich beim vorhergehenden Geschäft einbringen müssen. Jetzt ist es zu spät oder es braucht schon wieder eine Revision, das wäre nicht zielführend.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich habe eine Frage an Christoph Morat. Ich nehme an, dass Kunst am Bau geplant ist. Werden einheimische Künstler berücksichtigt und zieht man eventuell in Betracht, um das Budget einzuhalten, darauf zu verzichten?

Christoph Morat, Gemeinderat: Ja, es ist geplant, dass wir Kunst am Bau dort machen. Wie schon Pablo Picasso gesagt hat, Kunst wäscht den Staub des Alltags von der Seele. Das haben unsere Lehrer und Lehrerinnen sowie Schüler und Schülerinnen verdient. Der Gemeinderat hat eine Vergabe gemacht. Ich möchte nicht vorgreifen, weil es noch veröffentlicht wird. Sie können das im AWB nachlesen. Es ist ein einheimischer Künstler, der diesen Wettbewerb gewonnen hat. Es war ein Einladungswettbewerb. Das ging nach den Regeln einer kunstschaftenden Vereinigung. Wir möchten das dort ausführen und haben das freigegeben. Ich glaube nicht, dass wir in die Lage kommen, dass wir an der Kunst sparen müssen. Es ist ein Kulturbau, wo ganz Allschwil zugestimmt hat. Die Leute wären wahrscheinlich enttäuscht, wenn bei einem Bau, der 80 Jahre in Betrieb sein soll, keine Kultur oder Kunst drin ist.

Rahel Balsiger Sonjic, Kommissionspräsidentin: Zum Thema der Fragestunde kann ich sagen, dass es in der Kommission ausführlich diskutiert wurde. Der Antrag auf Abschaffung lag vor. Das ist nicht nur auf Abneigung gestossen. Wir wollten die Auswahl dem Einwohnerrat lassen, in der Meinung, nachdem diverse Einwohnerräte anderen Einwohnerräten mitgeteilt haben, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sein und die Instrumente so einsetzen sollen, wie sie gedacht sind. Bei den Fragen könnte man Interpellationen oder kleine Anfragen machen, damit nicht alles in der Frage-Stunde ist. Das war das Argument, damit wir das so drin lassen. Wir müssen uns also selber an der Nase nehmen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 12.08.2015, zum Postulat von Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion, vom 19.01.2015, betreffend
Aktuelle Sicherheitsdispositive im Falle eines Flugzeugsabsturzes
Geschäftsvertretung : GR Thomas Pfaff, Geschäft 4226 / A

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ein Flugzeugabsturz ist ein Ereignis, welches wir in Betracht ziehen müssen. Wir müssen es in Betracht ziehen wie einen länger ausfallenden Stromausfall oder wie ein Erdbeben. Es ist ein Ereignis, das sehr selten stattfindet, aber wenn es stattfindet, kann es verheerende Folgen haben. Entsprechend muss die Gemeinde sich dem bewusst sein und sich vorbereiten. Der Führungsstab muss sich Gedanken machen und vorbereitet sein. Die beste Vorbereitung sind Massnahmen, damit es gar nicht so weit kommt. Beim Erdbeben haben wir weniger Möglichkeiten. Beim Flugverkehr haben wir mehr Möglichkeiten dies zu beeinflussen. Dahin zielt auch die Fragestellung der EVP/Grüne-Fraktion, ob das Sicherheitsdispositiv neu überdenkt werden muss. Der Gemeinderat hat viel Verständnis für diese Fragestellung. Bei einer Boeing 747 reden wir von einem Flugkörper, der 370 Tonnen schwer ist, die Frachtversion hat 400 Tonnen. Wenn der runter kommt, dann ist nicht gut. Er hat frisch ab Start 198'000 Kerosin geladen. Man muss sich vorstellen, wenn das in Brand geht, was dann abgeht. Wir möchten das alle nie erleben, insofern hat der Gemeinderat volles Verständnis für die Fragestellung, die auch ein Thema ist bei den beiden Bevölkerungsverbänden, Schutzverband der Bevölkerung rund um den Flughafen und beim Forum Flughafen nur mit der Region. Beide sind der Meinung, dass man es neu anschauen muss. Sie haben durchaus Argumente, denn die Flieger sind in den letzten Jahren grösser geworden im Durchschnitt. Frachtflieger, das sind die besonders schweren, sind bei den Anzahl Flügen wieder am Zunehmen, auch als Folge der neuen Frachthalle, die das Potential bietet, die Frachtflieger abzufertigen. Das Siedlungsgebiet wurde vergrössert in den letzten zehn Jahren. Mit dem neuen Zonenreglement wird es dichter bebaut. Das alles spricht dafür, es zu überdenken. Sie konnten der Antwort des Bundesamtes für Zivilluftfahrt entnehmen, dass die Anzahl Flugbewegungen abgenommen hat. Damals hat man mit 100'000 Flugbewegungen pro Jahr gerechnet. Aktuell sind wir bei knapp 70'000. Da haben wir eine Risikominderung. Das Landeverfahren ist mit dem ILS sicherer geworden, auch das eine Verbesserung. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt kommt darum zum Schluss, dass sich die einzelnen Risikoaspekte leicht erhöht und leicht gesenkt haben. Aber unter dem Strich sind wir immer noch in der gleichen Situation. Die Ereignis-Wahrscheinlichkeit ist nicht grösser geworden und der Ereignis-Umfang ist auch nicht grösser geworden. Aus diesem Grund macht es nicht wirklich Sinn, die Analyse zu erneuern. Wir erwarten daraus keine neuen Erkenntnisse und können uns darum weiterhin auf die bestehende Analyse abstützen. Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Gemeinderat davon abzusehen, die Risiko-Analyse zu erneuern und den entsprechenden Antrag zu stellen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Möchte der Rat eine abschnittsweise Beratung? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit direkt zu den Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat 4226 wird als erledigt abgeschrieben.

://

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

://

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 26.08.2015, zum Postulat von Jürg Vogt, FDP-Fraktion, vom 10.03.2015, betreffend
Ob das Teilstück des Herrenweg, von der Oberwilerstrasse bis zum öffentlichen Parkplatz Spitzwald, mit einem durchgehenden Trottoir ergänzt werden muss
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4232 / A

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich bin froh, dass ich Ihnen heute das Arbeitspapier vorlegen kann. Aufgrund dieses Postulats wurde der Gemeinderat sehr aktiv, das konnten Sie nachlesen. Der Postulant selber hat mich darauf angesprochen, dass man am Schluss im Antrag lesen können muss, dass wir das Trottoir realisieren im Beschluss. Ich bin anderer Meinung und möchte Ihnen kurz erklären, weshalb. Mit diesem Antrag, ein Trottoir zu errichten am Herrenweg in Richtung Parkplatz beim Wasserturm, haben wir dem zugestimmt, indem wir das Postulat entgegengenommen haben. Wir haben auch gehandelt, indem wir das Gebiet dort gesichert haben. Wir reden jetzt davon, dass die erste Hälfte des Trottoirs von einem Privaten erstellt werden soll, was uns als Gemeinde nichts kostet. Es gibt eine zweite Hälfte des Trottoirs in Richtung Parkplatz. Auch die möchten wir realisieren, das steht so im Bericht. Es gibt noch Unwägbarkeiten, es ist ein privates Grundstück, wir müssen noch verhandeln. Ich habe im Gemeinderat vertreten, dass wir das heute mit Ihnen besprechen wollen und am Schluss einen Entscheid fällen. Erst dann wird der Gemeinderat tätig und die Verhandlung übernehmen, um die Fortführung des Trottoirs in der zweiten Hälfte zu realisieren. Es ist richtig, wenn wir im Gemeinderat zum Antrag kommen, dass das Postulat am Schluss als erledigt abgeschrieben wird. Ich möchte Sie herzlich dazu auffordern, Ihre Meinung in der Debatte mitzuteilen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Als Postulant danke ich dem Gemeinderat herzlich für die umfassende Antwort. Ich habe bemerkt, dass sehr viel Arbeit dahinter steckt. Es ist so, wie ich es erhofft habe, man hat Verhandlungen aufgenommen, jetzt, wo man noch etwas machen kann. Der Bau auf der anderen Seite des Herrenwegs ist erst projektiert. Der private Eigentümer ist bereit, dies zu übernehmen. Er wird dadurch natürlich auch nicht eingeschränkt, aber das ist auch nicht der Sinn der Sache. Der Sinn der Sache ist, dass die Fussgänger ihren Platz haben im Flaschenhals zwischen der Hauptstrasse und dem öffentlichen Parkplatz, welcher der Gemeinde gehört und für 95 Autos Platz bietet. Zur Klärung möchte ich anführen, dass ich nicht Eigentümer bin von irgendwelchen Parzellen dort. Sie wissen, dass dort unser Blumenfeld ist, das möchte ich nicht verheimlichen. Weil ich oft dort bin, habe ich diese Beobachtung gemacht. Es geht mir wirklich um die Fussgänger. Ich bin zuversichtlich, dass der Gemeinderat dies ausführen kann, durchzieht und das Teilstück fertig baut. Seit Gemeinderat Vogt selber mit einem Kinderwagen über das Teilstück gefahren ist und mir gesagt hat, dass man das wirklich haben muss, bin ich völlig zufrieden. Ich möchte dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ist eine abschnittsweise Beratung erwünscht? Das ist nicht der Fall, wir kommen somit zum Antrag.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat No. 4232 wird als erledigt abgeschrieben.

://

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

://

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, vom 03.02.2015, betreffend Information des Einwohnerrats

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4227

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Am 10. Februar 2015 haben Sie die Dringlichkeit zu diesem Postulat nicht bejaht. Das Postulat wurde von einem dringlichen in ein ordentliches Postulat umgewandelt. Heute geht es um die Überweisung oder die Nicht-Überweisung des Postulats, nicht mehr und nicht weniger. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Postulat nicht überwiesen werden soll aus folgenden Gründen. Wir meinen, dass wir mit allen bestehenden Informationsmöglichkeiten Sie zeitnahe und umfassend über möglichst alles, was auf der Gemeindeverwaltung läuft, informieren. Wir informieren Sie einerseits über das Internet, nämlich über die eigene Homepage, unter dem Titel News. Wir informieren Sie über das AWB, welches wöchentlich erscheint. Wir haben die sechs Schaukästen verteilt im Dorfgebiet, wo Informationen ausgehängt werden. Wir haben heute Kommunikationsmittel wie E-Mail, seit neuestem über personelle Veränderungen auf Stufe von Hauptabteilungsleitern, was bis anhin nicht der Fall war. Sie werden über wichtige Medienmitteilungen des Gemeinderates per Mail informiert. Wir haben den Allinfo-Newsletter, der früher nur drei bis vier Mal pro Jahr kam. Heute gibt es den Allinfo-Newsletter monatlich, und zwar nicht mehr nur an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, sondern auch an Sie. Wir haben die Möglichkeit beim Info-Fenster Ihnen aktuelle Sachen mitzuteilen. Der Gemeinderat meint, dass diese Möglichkeiten genügend sind, damit Sie zeitnahe informiert werden. Die Fälle, die in diesem Postulat angesprochen werden, sind Ausnahmefälle. Fälle, von denen nicht einmal der Gemeinderat etwas davon wusste, oder erst dann, als es publik wurde. Das würden wir damit nicht ausschalten. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat klar der Meinung, dass Sie das Postulat nicht überweisen sollten.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Es trifft sicher zu, dass es eine Unmenge und eher zu viele Instrumente gibt, welche die Information sicherstellen. Es trifft auch zu, dass damals das Postulat aus aktuellem Anlass eingereicht wurde und jetzt der Link zu den aktuellen Anlässen, welche die Gemeindepräsidentin als Ausnahme, wahrscheinlich zu Recht, nicht gegeben ist. Trotzdem halte ich überraschenderweise gegenüber bisherigen Gepflogenheiten an diesem Postulat fest, weil ich einen Beitrag leisten möchte zu einer Verbesserung der Kommunikation und Kooperationskultur. Was ich so hochgestochen gesagt habe, ist konkret und einfach mit den fünf Fragen belegt, die ich heute in der Fragestunde gestellt habe. Ich habe den Eindruck, dass es erstens eine gewisse Benachteiligung gibt bezüglich der Informationen, Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten der Parteien, die nicht direkt im Gemeinderat vertreten sind. Zweitens meine ich, dass in Allschwil durch eine gute offene Information und durch eine Kommunikation, die auf Kooperation angelegt ist, die Qualität des Gemeinwesens verbessert werden kann. Um dies zu gewährleisten möchte ich gerne das Postulat aufrechterhalten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Es gibt keine Wortmeldung, wir stimmen darüber ab, ob das Postulat überwiesen wird.

://:

Das Postulat wird mit 5 Ja- zu 23 Nein-Stimmen sowie 5 Enthaltungen nicht überwiesen.

Ich möchte mich herzlich bedanken, wir haben die ganze Traktandenliste durchgekriegt, und das an meiner ersten Sitzung. Daran habe ich Freude und hoffe, es geht so weiter. Ich wünsche einen schönen Abend.

ENDE